

NEUIGKEITEN AUS DER REGION HANNOVER FÜR EINEN SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN AUFBRUCH.

Oktober 2022

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Crisis, what crisis“ hieß mal ein Musikalbum. Wir müssen inzwischen schon genauer definieren, von welcher Krisensituation wir gerade sprechen. Und dabei geht es uns in Niedersachsen vergleichsweise gut. Aber für die Kommunalpolitik stellen sich jetzt viele Herausforderungen, letzte Woche wurde der Regionshaushalt eingebracht. Das geplante Defizit ist beträchtlich. Trotzdem wollen wir die Kommunen nicht belasten, auch die haben viel zu „wuppen“. Für die rot-grüne Koalition in der Regionsversammlung gilt es nun, die kommenden Haushaltsplanberatungen verantwortungsvoll zu führen und die zu unterstützen, die besonderer Hilfe bedürfen. Aber es gilt auch, neben Corona, der Energiekrise und den weiteren Folgen des Krieges in der Ukraine dürfen wir die anderen Aufgaben der Region nicht aus den Augen verlieren. So arbeiten wir u.a. weiter am Klimaschutz, kümmern uns z.B. um die Verkehrs- und Abfallthemen und um die Gesundheitsversorgung für alle in der Region.

In diesem Sinne wünsche ich gute Unterhaltung beim Lesen.

P.S. Am 9. Oktober ist Landtagswahl. Machen Sie alle von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!



Silke Gardlo

Silke Gardlo
Fraktionsvorsitzende



Gute Diskussionen bei unserer Veranstaltung zur Wasserknappheit - Wir brauchen ein nachhaltiges Wassermanagement!

Mit der Veranstaltung „Wasserknappheit - Was ist zu tun!? Lösungsansätze für ein nachhaltiges Wassermanagement in der Region Hannover“ hat die SPD-Regionsfraktion ein wichtiges Thema aufgegriffen. Dies zeigte sich auch in der guten Resonanz der Teilnehmenden: Auf den Rängen im Kleckstheater Altes Magazin nahmen ca. 70 Gäste aus dem gesamten Regionsgebiet Platz und folgten der stets konstruktiven Diskussion.



Der Initiator der Veranstaltung und Sprecher für Umwelt und Klimaschutz der SPD-Regionsfraktion, Werner Backeberg begrüßte die Gäste mit einigen einführenden Bemerkungen: „Die Auswirkungen des Klimawandels sind lokal und regional spürbar. Auch in diesem Jahr bekommen wir Wasserknappheit und eingeschränkte Wasserversorgung wegen der anhaltenden Dürre und Hitze zu spüren. Vom Selbstverständnis her waren wir immer ein wasserreiches Land, aber das ist vorbei, wir müssen den ‚Turnaround‘ schaffen und die Wasserwende zugunsten eines sparsameren und nachhaltigeren Wassermanagements in der Region organisieren. Dafür wollen wir mit allen Akteuren aus Wasserwirtschaft, Unterhaltungsverbänden, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Wissenschaft und der Regionsverwaltung an einen Tisch und in den Dialog treten.“



Im Podium waren Volker Hahn, Vorstandsvorsitzender des Landvolk Hannover e.V., Christine Karasch, Dezernentin Umwelt, Planung und Bauen, Prof. Dr.-Ing. Stephan Köster, Leiter des Instituts für Siedlungswasserwirtschaft und Abfalltechnik der Leibniz Universität Hannover, Heinz-Werner Reichenbach, stellv. Vorsitzender der Waldeigentümer im Absenkungsgebiet Fuhrberger Feld e.V., Carola Kienscherf, Verbandsingenieurin des Wasserverbands Peine, Steffen Hipp, Verbandsingenieur des Unterhaltungsverbandes Fuhse-Aue-Erse anwesend und tauschten sich kontrovers, aber sehr konstruktiv aus ihren verschiedenen fachlichen Hintergründen zum Thema Wassermanagement aus. Der Moderator Manfred Eertmoed, Bildungsreferent und stellv. Geschäftsführer des Rüdiger-Butte-Bildungswerk e.V. - Kommunalpolitische Bildung der SGK Niedersachsen verstand es dabei ausgezeichnet, eine Verbindung zwischen Publikum und Podium zu schaffen und für eine rege Beteiligung an der Diskussion und dadurch für einen spannenden

Fortsetzung auf Seite 2

Gute Diskussionen bei unserer Veranstaltung zur Wasserknappheit - Wir brauchen ein nachhaltiges Wassermanagement!

Austausch zu sorgen. Im Publikum war sowohl Fachexpertise vertreten, die besondere Themen z.B. im kommunalen Klimaschutz ansprachen, aber auch interessierte Bürger:innen, die auf Lösungsvorschläge für die privaten Haushalte gespannt waren.

Zum Schluss dankte Silke Gardlo, die Fraktionsvorsitzende der SPD-Regionsfraktion, den Anwesenden für die anregende Diskussion und betonte, dass die SPD an dem Thema Wasser und Wassermanagement auf kommunalpolitischer Ebene auf jeden Fall dranbleiben werde: „Das war ein sehr erkenntnisreicher Abend und hat auch dazu beigetragen, die unterschiedlichen Standpunkte und Interessen der verschiedenen Akteure bei diesem wichtigen Zukunftsthema nachzuvollziehen. Es bringt dabei gar nichts, sich gegenseitig die Schuld zuzuweisen. Vielmehr erfordert es nun ein gemeinsames Handeln zugunsten eines nachhaltigen Wassermanagements in der Region und zum Teil auch ein stärkeres Problembewusstsein rund um den jeweils eigenen Wasserverbrauch.“



Die Veranstaltung ist als Auftakt und zur Vernetzung zu sehen. Die Fraktion wird sich dem Thema weiter widmen.

Aus der Regionsversammlung

„Tue etwas Gutes und rede darüber“

Die Pro Aktiv Center (PACE) sind ein sinnvolles und wichtiges Angebot für Jugendliche zur Eingliederung in einen strukturierten und streng getakteten Arbeitsprozess. Viele Jugendliche erfahren in ihren Familien nicht mehr diese notwendigen Strukturen, die ihnen helfen würden, sich diesen neuen Herausforderungen angemessen zu stellen. Daher erscheint der SPD die Fortführung dieses Projektes nicht nur richtig, sondern wir sehen auch in diesem jugendsozialpädagogischen Projekt eine Ergänzung zu den sonstigen

Jugendhilfeangeboten.

Das Angebot PACE richtet sich seit 2007 daher auch ganz bewusst an benachteiligte Jugendliche zwischen 14 und 26 Jahren, die aufgrund ihrer bisherigen persönlichen Erfahrungen ohne Hilfestellung von PACE im Berufsleben mit großer Sicherheit nicht zurecht kommen würden und dementsprechend scheitern könnten.

Positiv ist zu erwähnen, dass über die Hälfte der Jugendlichen eigenständig den Zugang zu diesem Angebot

suchen. Das spricht dafür, das PACE als sinnvolle Maßnahme gerade auch von Schulen, Jobcentern und Beratungsstellen an die Jugendlichen weitergetragen wird.

Dass die Maßnahme PACE auch weiterhin in der Region notwendig und richtig ist und den Jugendlichen als Angebot weiter zur Verfügung stehen muss, zeigen die erhöhten Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit in der Region Hannover. Die SPD-Regionsfraktion Hannover hat daher in der letzten Re-



Johannes Seifert | Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion

gionsversammlung der entsprechenden Drucksache zur Weiterführung dieses Angebotes zugestimmt.

Aktion „Fahrschein statt Führerschein“ ist ein voller Erfolg – SPD-Regionsfraktion begrüßt die Verlängerung um weitere zwei Jahre



Frank Straßburger | Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion

Die SPD-Regionsfraktion Hannover hat in der letzten Regionsversammlung der Verlängerung der Aktion „Fahrschein statt Führerschein“ zugestimmt.

Die Idee, dass Rentner:innen und Ruheständler:innen Monatskarten des GVH-Tarifs erhalten, wenn die Fahrerlaubnis abgegeben wird, stammt ursprünglich von den teilnehmenden Schüler:innen des Planspiels „Pimp Your Town! Region Hannover“.

Die SPD hatte dies – gemeinsam mit ihrem damaligen Koalitionspartner – aufgegriffen und die Verwaltung mit einem Konzept zur Umsetzung beauftragt. Ende 2020 erfolgte dann der Start mit einem Pilotzeitraum von zunächst zwei Jahren.

„Die SPD-Regionsfraktion Hannover freut sich sehr, dass diese Aktion ein so großer Erfolg ist und sich so viele Menschen daran beteiligt haben. Darum stimmen wir

der Verlängerung um weitere zwei Jahre gerne zu.

Außerdem ist dies ein tolles Beispiel dafür, wie gute Ideen von Jugendlichen ihren Weg in praktische Politik finden können“, so der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Regionsfraktion Hannover, Frank Straßburger.

Geheimtipp in der Region: Rosebusch-Verlassenschaften in Hannover Ahlem



Am 26. September 2022 besuchten Mitglieder der SPD-Regionsfraktion Hannover die RosebuschVerlassenschaften in Hannover-Ahlem. Mit dabei waren die Künstlerin Almut Breuste und als Vertreter:innen des Vereins Rosebusch Verlassenschaften e. V. Hans Hoffmann als erster Vorsitzender und die Landtagsabgeordnete Thela Wernstedt als stellvertretende Vorsitzende.

Nach einigen einführenden Worten zur Historie erfolgte ein Rundgang durch diesen besonderen Ort, der bereits

mit dem Kulturpreis »pro visio« der Stiftung Kulturregion Hannover ausgezeichnet wurden. Hier konnte die Besuchergruppe die einzelnen Objekte auf sich wirken lassen. Das anschließende Gespräch griff diese Erfahrungen sowie Fragen zur Konzeption und zur weiteren Arbeit auf.

„Die RosebuschVerlassenschaften sind ein bisschen ein Geheimtipp in der Region, aber für alle lohnenswert zu besuchen“, sagt Silke Gardlo, Fraktionsvorsitzende. „Wir brauchen solche Orte!“



Besuch beim Tag der Offenen Tür im Frauenhaus Burgdorf



v.l.: Leiterin Katharina Krüger; Helga Laube-Hoffmann, Silke Gardlo (SPD), Cornelia Busch und AWO-Fachbereichsleitung Ute Vesper

Am 22. September 2022 konnten sich Silke Gardlo als Fraktionsvorsitzende, Cornelia Busch als Sprecherin für Gleichstellung und Helga Laube-Hoffmann als Regionsabgeordnete einen Eindruck vom AWO-Frauenhaus in Burgdorf machen.

Ein großer Dank geht an die Leiterin des Frauenhauses Katharina Krüger und an die AWO-Fachbereichsleitung Ute Vesper, die uns umfassend informiert haben.

Möglich war ein Tag der Offenen Tür, weil es sich nicht um ein anonymes, sondern um ein „offenes“ Frauenhaus handelt. In Deutschland gibt es schätzungsweise nur etwa zehn solcher Standorte. Ein „offenes Frauenhaus“ bringt einige Vorteile mit sich, denn die Frauen und Kinder müssen nicht alle sozialen Kontakte abbrechen, können ihre Jobs weiter ausführen und die Kinder können weiterhin in Kindergarten bzw. Schule gehen.

Es ist schlimm genug, dass die Betroffenen Gewalt erleben mussten, dann ist es hilfreich, wenn die Rahmenbedingungen für den mutigen Schritt des Neuanfangs ein wenig Zuversicht und Hoffnung bieten und nicht die psychische und soziale Situation zusätzlich erschweren.

Allerdings ist dieses Frauenhaus nicht für Frauen geeignet, die von systemischer Gewalt, also Zwangsprostitution und Menschenhandel, betroffen sind - weil einfach die Gefährdungslage zu hoch ist.

Insgesamt konnte die Anzahl an Frauenhäusern in den letzten Jahren gesteigert werden - das ist zwar gut, trotzdem bleibt der Bedarf weiterhin hoch und auch die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern bei der Vermittlung von Plätzen ist ausbaufähig.

INFO: Wenn ihr selbst von Gewalt – egal ob körperlicher oder psychischer Art – betroffen seid oder jemanden kennt, der Hilfe benötigt, könnt ihr euch an die AWO-Frauenberatungsstelle für Burgdorf, Lehrte, Sehnde und Uetze wenden unter 05132 823434 oder per Mail an Frauenberatung@awo-hannover.de

Die Beratung ist vertraulich, anonym und kostenfrei. Neben häuslicher Gewalt berät sie auch generell bei Trennung und Scheidung, allgemeinen Gewalterfahrungen, sowie persönlichen Krisensituationen und hilft Alleinerziehenden weiter.

Die AG-Verkehr vor Ort in Kleefeld



Am 12. September 2022 waren Mitglieder der AG-Verkehr in Kleefeld unterwegs. Zunächst gab es im Hölderlin Eins, dem Kulturhaus in Kleefeld ein gemeinsames Gespräch mit Verkehrs-

politiker:innen der SPD-Ratsfraktion Hannover. Bei dem regelmäßig stattfindenden Austausch, werden gemeinsame Verkehrsthemen, wie z.B. ÖPNV und der Ausbau des Radverkehrs diskutiert.



Im Anschluss ging es an die Orte, die zukünftig mit dem Ausbau einer Stadtbahnbindung an die neue MHH eine besondere Rolle spielen könnten. Von der Haltestelle Misburger Straße folgte die

Gruppe zu Fuß entlang des heutigen MHH-Geländes in Richtung des geplanten neuen Standortes einer möglichen neuen Straßenbahnführung.

Eindrucksvolle Präsentation der Gefahren von Lithiumbatterien

Am 30. August 2022 zeigte aha vor dem Ausschuss für Abfallwirtschaft, wie empfindlich Lithiumbatterien sind und wie schnell sie explodieren.

Ein kleines Experiment veranschaulichte eindrücklich die Gefahr: eine plötzliche Explosion und Austritt von Gasen durch Stoßempfindlichkeit. Das machte deutlich, dass diese Batterien bei unsachgemäßer Behandlung brandgefährlich sind. Eine korrekte Entsorgung, aber auch der achtsame Umgang mit Geräten, die Lithiumbatterien enthalten, sind wichtig.



Besuch der SPD-Regionsfraktion im Wisentgehege Springe

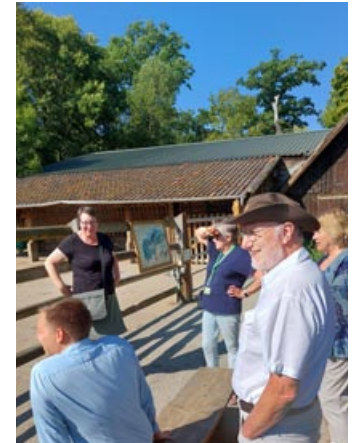


v.l.: Dr. Robert Schmitz (stellv. umweltpolitischer Sprecher), Silke Gardlo (Fraktionsvorsitzende), Brian Baatzsch (stellv. Fraktionsvorsitzender), Regina Hogrefe (stellv. Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Wirtschaft und Beschäftigung) und Karsten Vogel (Sprecher für Regionalplanung und Naherholung)

Am 24. August 2022 besuchte die SPD-Regionsfraktion bei sommerlichen Temperaturen das Wisentgehege Springe, um sich vor Ort einen Eindruck von diesem wunderschönen und für die Region Hannover sehr bedeutsamen Naherholungsstandort zu verschaffen.

Bei einer Führung wurde die vielfältige Tierwelt deutlich: Wisente, Wölfe, Luchse, Raubkatzen, Przewalskipferde, Wildschweine, Vielfraße, Greifvögel und sogar Braunbären werden in großzügigen Anlagen gehalten. Ein Beweis dafür, dass artgerechte Tierhaltung in einem naturbelassenen Landschaftsraum für viel Tierwohl sorgt.

Das Wisentgehege Springe wird über die Niedersächsischen Landesforsten und einen Förderverein finanziert.



„Neue Mobilität in Hannover“ „nemoH“ gefunden

Am 22. August 2022 wurde der autonome Busshuttle „nemoH“ am Maschinenbau-Campus Garbsen präsentiert. Er fährt zwischen der Stadt-

bahn-Haltestelle Schönebecker Allee und dem Campus der Leibniz Universität Hannover und wird hier nun ausgiebig getestet. Der Name „nemoH“ steht für „Neue Mobilität in Hannover“.



v.l.: Rebecca Schamber (Bundestagsabgeordnete), Silke Gardlo (Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion Hannover), Rüdiger Kauroff (Landtagsabgeordneter) und Karsten Vogel (Örtlicher Regionsabgeordneter und Sprecher für Regionalplanung, Naherholung, Metropolregion und Europa)

Austausch mit dem KRH-Konzernbetriebsrat

Auf Initiative der AG Soziales, Wohnungswesen, Gesundheit und Teilhabe der SPD-Regionsfraktion fand am 11. Juli 2022 ein Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern des KRH-Konzernbetriebsrates im Krankenhaus Siloah statt.

„Das KRH ist als regionseigenes Unternehmen für uns von strategischer Bedeutung für eine dezentrale und qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung in der Region Hannover – Uns ist es vor allem auch wichtig, die Perspektive der Arbeitnehmer*innen zu kennen und in unsere politische Arbeit mit einfließen zu lassen“, begründete der sozial- und gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Regionsfraktion Angelo Alter den Besuch des KRH-Betriebsrates.

Im Gespräch wurden Themen, wie z.B. die Arbeitsbedingungen und Auswirkungen des Personalmangels in der Pflege, Tarifvertrag Entlastung, Ausfallzeitenma-

nagement, Auswirkungen der Neufassung des niedersächsischen KH-Gesetzes und die Medizinstrategie 2030 der Klinikum Region Hannover GmbH aus Sicht der Arbeitnehmer*innen diskutiert. Besonders deutlich wurde zudem der Wunsch einer aktiven Mitgestaltung der Medizinstrategie 2030. „Das Anliegen des Konzernbetriebsrates die Beschäftigten/Kolleg*innen in die Erarbeitung der Medizinstrategie 2030 von Anfang an bestmöglich mit eingebunden zu sein, ist absolut zu begrüßen und wir werden das unterstützen. Die Arbeitserfahrungen und Sichtweisen der Mitarbeitenden gehören für uns in eine gute und ausgewogene Medizinstrategie 2030 mit hinein“, betonte die stellvertretende sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion Anja Sander. „Dieser Austausch war wichtig, weil wir darüber aus erster Hand erfahren konnten, wie sich die Veränderungen

Besuch beim Jugendzentrum Queer Unity



v.l.: Angelo Alter, Paulina und Cora (Queer Unity), Johannes Seifert, Thilo Scholz und Yascha (Queer Unity)

Am 16. August 2022 waren Angelo Alter (sozialpolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion Hannover), Johannes Seifert (jugendpolitischer Sprecher SPD-Regionsfraktion Hannover) und Thilo Scholz (Sprecher für Schulen, Kultur und Sport der SPD-Regionsfraktion Hannover) gemeinsam im Jugendzentrum Queer Unity in Hannover.

Das Jugendzentrum ist ein wichtiger Treffpunkt und Rückzugsort für queere/trans Jugendliche. Es hat sich im Gespräch gezeigt, dass der Bedarf für solch einen Treffpunkt notwendig ist und die fachliche, empathische Unterstützung und Begleitung durch die Mitarbeiter:innen den jungen Menschen in ihrer persönlichen Entfaltung hilft.

der Arbeitsprozesse vor Ort für die Mitarbeitenden des KRH auswirken. Wir werden uns möglichst noch in diesem Jahr wieder treffen und im regelmäßigen Austausch

bleiben – es hat uns Spaß gemacht!“, stellte abschließend die SPD-Regionsabgeordnete Dr. Karin Reinelt fest.



v.l.: Anja Sander (stellv. sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion), Angelo Alter (sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion), Dr. Karin Reinelt (SPD-Regionsabgeordnete), Hendrik Alex (Vorsitzender Betriebsrat KRH Nordstadt), Regina Wagener (Konzernbetriebsratsvorsitzende KRH) und Bettina Hannig (Betriebsratsvorsitzende der KRH Servicegesellschaft mbH)

Alle reden über Gelbe Tonnen – kaum jemand kennt das System dahinter

Informationen zur Umstellung der Entsorgung der Leichtverpackungen (LVP) – Gelbe Säcke/Tonnen – in der Stadt Hannover vom abfallpolitischen Sprecher der SPD-Regionsfraktion Hannover, Wolfgang Toboldt

Alle reden über die Umstellung von Gelben Säcken auf Gelbe Tonnen in der LHH zum 01.01.2023. Wie vorausgeahnt, dreht sich die Diskussion meist nur um den Platzbedarf der Gelben Tonnen und die angeblich zu späte Information darüber, aber kaum jemand kennt das System dahinter und welche Einflussmöglichkeiten die kommunale Politik und damit unser Entsorger, der Zweckverband Abfallwirtschaft Hannover (aha) überhaupt hat.

Aha gibt jedes Jahr hunderte Tonnen an Einweg-Plastiksäcken (Gelbe Säcke, schwarze Restmüllsäcke, blaue Papiersäcke, Biosäcke) aus, die im Müll oder in der Umwelt landen oder verbrannt werden müssen. Kleinste Spuren der Plastiksäcke verunreinigen das weiterzuverarbeitende Papier oder den aufgearbeiteten Kompost. Das Vermeiden von Einwegplastik ist ein Beitrag zum Klimaschutz. Scheitert der Klimaschutz in der Region Hannover etwa daran, dass wir keinen Platz für Tonnen finden? Dazu hat der abfallpolitische Sprecher der SPD-Regionsfraktion, Wolfgang Toboldt, einige Fakten über das System der Entsorgung von Leichtverpackungen und dem Ablauf der Entscheidung für die Umstellung von Gelben Säcken auf Gelbe Tonnen in der LHH zusammengestellt und fordert letztendlich, auch die Entsorgung von Leichtverpackungen wieder in kommunale Hand zu überführen.

Vor über 30 Jahren wurde die Entsorgung von LVP den kommunalen Entsorgern aus der Hand genommen und einem privatrechtlich organisierten System, dem „Der Grüne Punkt, Duales System Deutschland, Gesellschaft für Abfallvermeidung und Sekundärrohstoffgewinnung mbH“ – kurz Duales System Deutschland (DSD) – übergeben. Damit wurde ein zweites Entsorgungssystem zusätzlich zum öffentlich-rechtlichen Entsorgungssystem – daher der Zusatz „Dual“ – aufgebaut, das ausschließlich privatrechtlich organisiert ist. Das System hat somit nichts zu tun mit dem hoheitlichen, vom kommunalen Entsorger durchgeführten Entsorgungssystem für Restmüll etc., das über die Müllgebühren finanziert wird.

DSD, zunächst zwar als Non-Profit-Unternehmen gedacht, wurde in den Jahren ab 1997 erst zu einer Aktiengesellschaft, später zu einer GmbH umgewandelt. Seither wechselte die Gesellschaft mehrfach die Eigentümer (Gesellschafter), vielfach verbergen sich Finanzinvestoren oder weltweit agieren Unternehmen dahinter. Im August 2022 wurde DSD vom luxemburgischen Unternehmen Circular Resources übernommen.

Das System finanziert sich über Abgaben, die Hersteller von Verkaufsverpackungen zahlen, bzw. über Verträge zur Beteiligung zur Entsorgung bzw. Verwertung der Verkaufsverpackungen einzelner so genannter akkreditierter Unternehmen. Derzeit gibt es etwa zehn akkreditierte Unternehmen, darunter Weltplayer wie Remondis, denen die in Deutschland eingesammelten LVP's zur Verwertung zur Verfügung

gestellt werden müssen. Nicht aha verwertet die Verpackungen, sondern stellt die LVP den akkreditierten Unternehmen in mehr oder weniger großen Teilen zur Verfügung. Die in der Region Hannover eingesammelten Verpackungen werden also in der ganzen Republik mit LKW's herumgekartt; ein Mülltourismus ohne Beispiel.

Die Abgaben der Hersteller für die Verpackungen werden natürlich unbemerkt von uns auf alle Verbraucher*innen umgelegt. Jede*r Verbraucher*in zahlt pro Jahr etwa zwölf Euro (diese Zahl ist Jahre alt, neue Zahlen legt DSD nicht vor) an dieses System als Bestandteil des Verkaufspreises für das einzelne Produkt, das wir im Laden kaufen. Die Gesellschafter und die akkreditierten Unternehmen versuchen natürlich die Entsorgung so günstig wie möglich zu halten, damit der Profit so hoch wie möglich ist.

Deutschland ist aufgeteilt in Entsorgungsgebiete, für die alle drei Jahre der Vertrag zur LVP-Entsorgung ausgeschrieben wird. „Ausschreibung“ bedeutet hierbei allerdings nicht ein Verfahren, wie wir es aus dem öffentlichen Bereich kennen u.a. bei Problemen mit Gang zur Vergabekammer. Diese „Ausschreibung“ ist rein privat organisiert, DSD entscheidet nach intransparenten Merkmalen, wer den Entsorgungsvertrag erhält. Die Region Hannover ist in zwei Entsorgungsgebiete aufgeteilt, die LHH und den alten Landkreis. In der LHH wurde der Vertrag zum 1. Januar 2023 neu ausgeschrieben, im Umland wird dieser erst zum 1. Januar 2025 wieder neu vergeben. In der LHH hat bislang der Zweckverband aha sozusagen als



Wolfgang Toboldt | Sprecher für Abfallwirtschaft

Subunternehmer für DSD den Auftrag zur Entsorgung erhalten, im Umland ist das derzeit die Firma RMG; bis 31. Dezember 2021 war dort Remondis tätig.

Der öffentlich-rechtliche Entsorger (ÖRE), in unserem Fall die Region Hannover mit dem Zweckverband aha (sozusagen als Erfüllungsgehilfe), hat lediglich Einflussmöglichkeit über eine so genannte **Abstimmungsvereinbarung**, die mit dem DSD alle drei Jahre neu verhandelt werden muss. Darin werden die Form und das Verfahren der LVP-Entsorgung – z.B. Abholrhythmus und die Behälterfrage – unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen festgelegt. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sehen vor, dass der ÖRE von DSD nichts fordern kann, was für DSD nicht wirtschaftlich zumutbar wäre, also was der ÖRE nicht selbst bei der hoheitlichen Entsorgung von Restmüll durchführt. Dort gilt der Regelfall der 14-täglichen Entsorgung; wo wöchentlich oder noch öfter Restmüll abgefahren wird, ist dies mit aha zusätzlich kostenpflichtig vereinbart. Eine Abstimmungsvereinbarung für die LHH, die eine wöchentliche Entsorgung vorgesehen hätte, wäre vom DSD vor Gericht bekämpft worden; vermutlich hätte DSD auch Recht

Alle reden über Gelbe Tonnen – kaum jemand kennt das System dahinter

bekommen. Die Politik, allen voran die SPD-Regionsfraktion, hatte bei der Beratung der Abstimmungsvereinbarung für die LHH auch für die Beibehaltung der wöchentlichen Entsorgung in verdichteten Stadtteilen gekämpft; der Verhandlungsführer für DSD hat dies aber bereits mit Hinweis auf eine gerichtliche Klärung abgelehnt. Für das Umland hingegen ist weiterhin bis zum Abschluss einer neuen Abstimmungsvereinbarung die wöchentliche Abholung in Gelben Säcken vereinbart. Zum Vergleich, in Deutschland gibt es auch Entsorgungsgebiete, in denen der Abholung von LVP mittlerweile nur alle vier Wochen erfolgt wie z.B. in Hildesheim, wo nach Umstellung von Gelben Säcken auf Gelbe Tonnen ab 1. Januar 2023 LVP nur noch alle vier Wochen abgeholt werden.

Als sich die Ratspolitik der LHH vor Jahren im Rahmen der Diskussion um „Hannover sauber“ auf Tonnen statt Säcke geeinigt hat, konnte die Region diesen Wunsch der Ratspolitik erst zum 1. Januar 2023 in der Abstimmungsvereinbarung zur Neuausschreibung umsetzen. Die Tonnenabfuhr wurde mit DSD vereinbart, allerdings als Wermutstropfen auch nur die 14-tägliche Abfuhr. Diese „Kröte“ mussten wir schlucken. Dafür konnten wir für kleine Haushalte die 120-Liter-Tonne vereinbaren; ansonsten ist die 240-Liter-Tonne der Regelfall. Mit der SPD-Ratsfraktion haben wir als SPD-Regionsfraktion mehrfach innerhalb des Verfahrens gesprochen und erläutert, dass nach unserer Einschätzung auch umfangreiche bauliche Veränderungen von der Stadtverwaltung z.B. im öffentlichen Raum vorzunehmen oder Ausnahmegenehmigungen

zu erteilen sind, wenn die Tonnenabfuhr beginnt.

Die Ausschreibung unter den Bedingungen der Abstimmungsvereinbarung für die Entsorgung in der LHH wurde im Frühjahr 2022 vom DSD gestartet, aha hat daraufhin ein kostendeckendes Angebot abgegeben. Den Auftrag hat aha vom DSD letztendlich erst im August 2022 erhalten, d.h. aha konnte bis dahin zwar Vorarbeiten tätigen oder Vorplanungen machen (z.B. Tonnenvorbestellungen), sie konnten aber keine Informationskampagnen oder Beratungen starten, da aha nicht wusste, ob aha oder ein großer Privater den Auftrag erhalten würde. Städtebaulich - z.B. durch Installation von Unterflurbehältern im öffentlichen Straßenraum - kann aha sowieso nicht tätig werden, dies obliegt einzig der Stadt Hannover. Die Stadtverwaltung ist seit Jahren in das Verfahren eingebunden und weiß, was 2023 auf sie zukommt. Die Aufstellung von Gelben Containern auf vorhandenen Wertstoffinseln im öffentlichen Raum hingegen ist in den Kosten von aha nicht kalkuliert. Diese Kosten - u.a. auch Sondernutzungsgebühren, die die LHH für das Aufstellen von weiteren Containern von aha fordert - werden vom DSD nicht erstattet und müssten über die allgemeinen Müllgebühren finanziert werden. Unterflurbehälter, wie sie bereits einige größere Vermieter z.B. Wohnungsgesellschaften auf eigenen Grundstücken installiert haben, sind im öffentlichen Straßenraum nur eingeschränkt nutzbar, weil in den Bürgersteigen vielfach erhebliche Versorgungsleitungen liegen. Die Kosten für die Installation dafür müsste auch der Eigentümer des öffentlichen Raums, die Stadt Hannover, tragen.

Man kann also schnell nach Lösungen rufen und aha für schlechte Information schelten, wenn man das intransparente System des DSD vollkommen ausblendet. Und ausblendet, dass aha letztendlich erst seit Ende August mit Vertragsunterzeichnung weiß, dass sie als **Subunternehmer** die LVP-Entsorgung in der LHH durchzuführen haben. Wie gesagt, vertraglich festgelegt derzeit nur für die kommenden drei Jahre, sodass aha bei Investitionen (Tonnenbeschaffung) in Vorleistung gehen muss, ohne zu wissen, ob sie auch nach den ersten drei Jahren den Auftrag weiterhin erhalten. In vielen Fällen wird man eine Lösung / einen Stellplatz in Abstimmung mit der Abfallberatung finden, in vielen Fällen möglicherweise auch nicht. Hier müssen dann mit der Stadtverwaltung Hannover individuelle Lösungen gefunden werden. Im Augenblick habe ich aber das Gefühl, viele Leute schreien: Das geht alles überhaupt nicht, anstatt sich um Lösungen zu bemühen. Ein großer Teil der Republik hat das Problem schon gelöst, warum soll das in Hannover nicht auch gehen?

Die Abfallberatung von aha besteht seit Jahren, weil sie auch für Restabfall etc. nötig ist. Das heißt sie können beraten und Standplätze vorschlagen. Das ist nichts Neues. Wegen der zu erwartenden Mehrarbeit bei der Standplatzberatung wird aha die Mitarbeitenden in dem Bereich erheblich aufstocken. Dabei entstehen zusätzliche Kosten, die nicht über den Auftrag des DSD gedeckt werden, sondern von uns allen als Gebührenzahlende getragen werden müssen. Bei privaten Systemen gilt das nun einmal das alte Motto: Gewinne werden

privatisiert, Kosten werden kommunalisiert.

Die im Abfallbereich Tätigen aus der SPD-Regionsfraktion haben seit Jahren auf notwendige Lösungen hingewiesen. Wer dieses System ebenfalls als privatrechtlichen Wahnsinn empfindet, der sollte es auf Bundesebene bekämpfen, statt auf der regionalen Ebene den Entsorger für die Probleme verantwortlich zu machen. Und da sich einige Politikverantwortliche jetzt aus der Verantwortung stellen wollen, sei gesagt, dass auch die CDU-Regionsfraktion als Koalitionspartner in der letzten Wahlperiode für die Einführung von Gelben Tonnen in der LHH gestimmt hat.

Aha tut in dem Fall, was es kann, nämlich seit der Auftragserteilung durch DSD im August 2022 aufklären und beraten, wie die Tonneneinführung im Namen von DSD und im Sinne der Rathauspolitik mit möglichst wenig Reibungsverlusten durchgeführt werden kann. Dennoch ist klar, es werden in manchen Fällen Probleme bleiben. Nach meiner Einschätzung würden die Probleme mit einem privaten Entsorger in der LHH aber noch viel größer sein, man sieht das derzeit mit RMG im Umland, die noch nicht einmal die Sackabfuhr problemlos bewerkstelligen.

Bekämpfen wir also gemeinsam das System, nicht den Ausführenden vor Ort. **Entsorgung ist Daseinsvorsorge und gehört in kommunale Hand! Dann können wir auch allein darüber bestimmen!**

Die SPD-Regionsfraktion Hannover unterstreicht die große Bedeutung des Handwerks für die Region Hannover



Regina Hogrefe | Sprecherin für Wirtschaft und Beschäftigung der SPD-Regionfraktion

Zum Tag des Handwerks am 17. September 2022 hat die SPD-Regionsfraktion Hannover auf die große Bedeutung des Handwerks als wichtiger Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor für die Region Hannover hingewiesen. Gerade das Handwerk ist betroffen vom

Fachkräftemangel, den hohen Energiekosten und der Rohstoffknappheit in vielen Bereichen. Der diesjährige Tag des Handwerks bringt diese Herausforderungen in den Fokus und es bedarf hierbei der Unterstützung aller politischen Ebenen.

„Als Orte der Ausbildung verbindet uns mit den Handwerksbetrieben ein wichtiger Aspekt mit großer regionaler Bedeutung“, so die Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion Hannover, Silke Gardlo. „Wir stehen als SPD-Regionfraktion bei allen Herausforderungen an der Seite der Handwerksbetriebe und begrüßen auch die entsprechende Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen, um die Klein- und Mittelständischen Unternehmen zu un-

terstützen.“

„Mit vielen von der SPD-Regionsfraktion politisch mitgetragenen Projekten zur Nachwuchsgewinnung unterstützt die Region das Handwerk dabei, die angebotenen Berufe für unterschiedlichste Zielgruppen attraktiver zu machen. Dabei reicht die Bandbreite von „Mädchen ins Handwerk“, bei dem gezielt Schülerinnen angesprochen werden, über „Handwerk trifft Jugend“ bis zum „Trialem Studium“ für leistungsstärkere Jugendliche und junge Erwachsene als mögliche zukünftige Fach- und Führungskräfte“, so die Sprecherin der SPD-Regionsfraktion Hannover für Wirtschaft und Beschäftigung und stellv. Fraktionsvorsitzende, Regina Hogrefe.



Silke Gardlo | Vorsitzende der SPD-Regionfraktion

„Ein weiterer Baustein, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken ist die Beratung zur Berufsorientierung in den Schulen, die wir z.B. mit den „Ausbildungslots: innen“, aber auch vielen weiteren kleinen und großen Projekten, unterstützen.“

Die Erreichung eines klimaneutralen Gebäudebestandes der Region Hannover bis 2035 ist möglich

Am 22. September 2022 hat die Dezernentin der Region Hannover für Finanzen und Gebäudewirtschaft, Cordula Drautz, die Bestandaufnahme und den Bericht zu möglichen Beiträgen der Region Hannover zur Klimaneutralität vorgestellt - Die Gute Nachricht: Die Erreichung eines klimaneutralen Gebäudebestandes bis 2035 ist möglich.

„Aus den vorgestellten Szenarien gilt es nun in Abwägung von Klima- und Energiewirkungen, vorhandenen Umsetzungskapazitäten und finanziellen Ressourcen, die wirksamsten Maßnahmen zu priorisieren. Für die angedachte modulare Sanierungsstrategie sollten dabei Maßnahmen, die schon erprobt und schnell umsetzbar sind, zuerst in den Fokus

genommen werden“, so die Vorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion Hannover, Silke Gardlo.

Die Regionspolitik hat damit eine gute Arbeitsgrundlage, um über den Einsatz finanzieller Mittel für kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zu entscheiden. Die SPD-Regionsfraktion wird dies in

ihren Gremien beraten und gemeinsam mit dem Koalitionspartner dazu Vorschläge erarbeiten, damit ein weiterer wichtiger Teil aus dem Klimaschutzbereich des Koalitionsvertrages umgesetzt werden kann.

Neues aus der Fraktionsgeschäftsstelle

Seit Mitte August hat unsere Fraktionsgeschäftsstelle die dringend benötigte Verstärkung. Unsere neue Mitarbeiterin **Viktoria Woronin** übernimmt als neue Fraktionsreferentin die Bereiche Abfallwirtschaft, Verkehr sowie Wirtschaft und Beschäftigung.

Wir sagen HERZLICH WILLKOMMEN und freuen uns auf die Zusammenarbeit.



Impressum

Herausgeberin: SPD-Regionsfraktion Hannover
Hildesheimer Straße 20 | 30169 Hannover
fon: 0511/616 - 22192
E-Mail: spd@regionsversammlung.de
www.spd-regionsfraktion-hannover.de
Verantwortlich: Silke Gardlo | Fraktionsvorsitzende

Bildnachweise:
S. 2 PACE/Johannes Seifert: SPD-Seelze
S. 3 Besuch Frauenhaus: Helga Laube-Hoffmann
S. 5 nemoH: Stephan Rieche
S. 8 Neues aus der Geschäftsstelle: Viktoria Woronin
Alle weiteren Porträtaufnahmen:
© Blickpunkt Photodesign, Bödeker
Alle weiteren Fotos: SPD-Regionsfraktion Hannover